



Unser Titelblatt

In zahlreichen Staaten Afrikas ist Demokratie ein Fremdwort. Soeben hat in Guinea das Militär die Macht an sich gerissen und unter oppositionellen Kräften ein Blutbad angerichtet. Nach wie vor herrschen in Dutzenden von afrikanischen Ländern selbsternannte Despoten. In anderen Ländern wiederum ist Demokratie eine Form, Dynastien oder Machtklüngel durch eine Scheinlegitimation an der Macht zu erhalten. In Angola versucht die korruptierte ehemalige Befreiungsbewegung MPLA mit ihrem Präsidenten dos Santos die Macht zu erhalten. Unser Bild: 2008 wird erneut das Parlament gewählt. Die regierenden MPLA trägt den Sieg davon. Die Wahlurnen werden unter Polizeischutz zur Auszählung gebracht.

Foto: S. Greuter

Man braucht eine gewisse Distanz zu unserem Ideal von Demokratie, um Berichten aus den meisten afrikanischen «Demokratien» nicht einfach hohnlachend oder – je nach dem – verbittert jede Ähnlichkeit mit demokratischen Prozessen abzusprechen. Man muss sich alle die kaum skandalisierten Parteispenden-Berichte, die Macht der Lobby-Gruppen, die Erpressung durch die Finanzwelt, die Ausmerzung der Pressekritik hierzulande vor Augen halten, um vom hohen Ross herabsteigen zu können und die afrikanischen Demokratie-Gebärden zu sehen, wie sie sind: problematisch. Problematisiert durch die Gier der Politiker und der Parteien, sich und die Seinen im Amt zu halten... denn es gibt wenig andere Posten und Pfründen in einer vom Ausland dominierten Wirtschaft... von der Korruption... denn das Beamten- oder gar Ministergehalt zahlt kein Auto vom Kaliber des Wagens eines mittleren UN-Angestellten oder Prokuristen einer multinationalen Firma (die aber oft nur zu gerne etwas springen lassen, wenn die Geschäftsbedingungen dafür zu ihren Gunsten erleichtert werden). Dass Gier schliesslich unendlich wird, kennen wir auch.

Die demokratische Staatsform ist problematisiert durch die allzu grosse Distanz der Kenntnisse und der Information über die moderne Welt zwischen den analphabetischen Bauern und der dünnen Elite, welche die Kontrolle durch die Bürger minimiert... In Frage gestellt ist sie aber auch durch die Gängelung der «Entwicklungsstaaten» am Band bilateraler und multilateraler Kredite: Wieviel Demokratie kann eine Regierung zulassen, die gezwungen ist, wegen des Strukturanpassungsprogramms die Löhne niedrigst zu halten und das Schul- und Gesundheitswesen auszuvernachten? Übervorteilung und Ausplünderung durch die Industrie- und Finanzmächte führt zu Machtlosigkeit gegenüber äusseren Einflüssen, und dies ist eine schlechte Schule der Verantwortlichkeit.

Demokratie in Afrika war ein Versprechen der Unabhängigkeiten, als der Blick der Eliten noch ganz auf das Modell ihrer Kolonialmächte ausgerichtet war. Für breite Massen in Afrika ist sie zweitrangig, zum inhaltsleeren Wahlzirkus verkommen, den sie aber voller Hoffnung mitmachen. Ihnen geht es um Gerechtigkeit und bessere Lebenschancen. Dafür braucht es die Verantwortlichkeit der Regierenden – gleich ob Könige, Ein- oder Mehrparteienregierung. Es gilt, den Kräften Aufmerksamkeit und Unterstützung zu geben, die dies immer wieder einfordern: Den Dewa Mavingas, den Bürger- und Menschenrechtskomitees, den Exilierten aus politischen Gründen.

Für das vorliegende Afrika-Bulletin konnten wir Beiträge von ausgewiesenen KennerInnen zusammentragen. Ihnen sei herzlich gedankt. Der Leserschaft wünschen wir eine interessante Lektüre! ■

Susy Greuter

Impressum

Ausgabe 136 | November / Dezember 2009
ISSN 1661-5603

Das «Afrika-Bulletin» erscheint vierteljährlich im 34. Jahrgang.
Herausgeberin: Afrika-Komitee, Basel.

Redaktion: Hans-Ulrich Stauffer und Susy Greuter
Redaktionssekretariat: Beatrice Felber Rochat

Afrika-Komitee: Postfach 1072, 4001 Basel, Schweiz
Telefon (+41) 61 692 51 88 | Fax (+41) 61 269 80 50
E-Mail Redaktionelles: afrikabulletin@afrikakomitee.ch
E-Mail Abonnemente und Bestellungen: info@afrikakomitee.ch
Postcheck-Konto Basel 40-17754-3

Für Überweisungen aus dem Ausland:
in CHF: MigrosBank, IBAN CH95 0840 1016 1437 3770 7
in Euro: Postkonto, IBAN CH40 0900 0000 9139 8667 9
(Bic SwiftCode: POFICHBEXXX; Swiss Post, PostFinance, CH-3000 Bern)

Das Afrika-Komitee im Internet: www.afrikakomitee.ch
E-Mail-Adresse: info@afrikakomitee.ch

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:
Barbara Müller; Ruedi Suter;
Mitarbeitende am Schwerpunkt: Ruedi Küng; Jon Schubert; Brian Cooksey
Gestaltungskonzept: typOHaller
Layout: 9•6 | Felicitas Wernli | Basel
Druck: Rumzeis-Druck, Basel

Inserate: Gemäss Tarif 5/99, Beilagen auf Anfrage
Jahresabonnement: Fr. 25.–/Euro 20.–
Unterstützungsabonnement: Fr. 50.–/Euro 35.–
Im Mitgliederbeitrag von Fr. 60.–/Euro 40.– ist das Abonnement enthalten.

Redaktionsschluss Nummer 137: 30. Dezember 2009.
Schwerpunkt: Agrarland-Ausverkauf in Afrika. Interessenten an einer Mitarbeit sind eingeladen, mit der Redaktion Kontakt aufzunehmen.

Afrika und die Demokratie

Nüchterne Zwischenbilanz

Afrikas demokratischer Aufbruch weckte grosse Hoffnungen, vorab im Westen. Einige Staaten haben riesige Fortschritte gemacht, doch bei andern ist eine entgegen gesetzte Entwicklung eingetreten. Eine Bestandesaufnahme von Ruedi Küng, Radio DRS Afrika-Korrespondent.

Vor wenigen Jahren noch priesen Experten insbesondere in den USA die positive Entwicklung der Demokratie auf dem afrikanischen Kontinent. Sie verwiesen dabei vor allem auf den Umstand, dass in immer mehr der 53 afrikanischen Länder regelmässig Parlaments- und Präsidenten-Wahlen durchgeführt werden, oder auf den Umstand, dass sich die politischen Verhältnisse in einigen früheren Konfliktländern wie Liberia, Sierra Leone, Demokratische Republik Kongo und Burundi markant verbessert haben.

Dennoch ist die Zahl der als demokratisch eingestuft afrikanischen Staaten klein geblieben. Die Kapverden gehören dazu, Senegal, Mali, Ghana, Benin, São Tomé e Príncipe, Namibia, Botswana, Südafrika, Lesotho sowie Mauritius.

Dunkle Wolken

Zahlreiche Ereignisse in neuerer Zeit haben das Demokratie-Image des Kontinents wieder verdüstert und zu einer eigentlichen Ernüchterung geführt. In Mauretanien hat das Militär im August 2008 die erste demokratisch gewählte Regierung gestürzt. In Guinea-Conakry putschte sich nach dem Tod des Diktators Lansana Conté eine Militärclique im Dezember 2008 an die Macht. Jüngst sind an einer Kundgebung der Opposition hunderte von Teilnehmern erschossen worden. Und in Madagaskar hat der frühere Disc-Jockey André Rajoelina den gewählten Präsidenten Ravalomanana aus dem Amt verdrängt. Auch die von mächtigen Herrschern arrangierten «Thronfolgen» unterminieren die demokratischen Prinzipien: In Togo folgte 2005 auf den Dinosaurier Eyadéma dessen Sohn Gnassingbé, in Gabon 2009 Ali Bongo auf Vater Omar Bongo. In Senegal ist der greise Präsident Wade dabei, seinen Sohn als neuen Führer «aufzubauen». Besonders schwer haben die Gewalttätigkeiten nach den Wahlen in Kenia vom Dezember 2007, bei denen 1300 Menschen getötet und 300 000 von ihren Wohnorten vertrieben wurden, der Demokratie in Afrika geschadet, ebenso die Gewalt und der Terror in Zimbabwe vor und während den Wahlen 2008.

Ist Afrika nicht demokratietauglich?

Bei seiner Wahl zum Vorsitzenden der Afrikanischen Union anfangs dieses Jahres nahm Libyens Führer Muammar Gaddafi denn auch Bezug auf die Gewaltereignisse in Kenia und verurteilte die westliche Mehrparteiendemokratie. «Wir haben in Afrika keine politischen, sondern soziale Strukturen», zitierte ihn Reu-

ters, «unsere Parteien orientieren sich nach Stämmen – das führt zu Blutvergiessen.» Damit greift der am längsten amtierende Herrscher in Afrika, der selber durch einen Putsch an die Macht gekommen ist, die alte Frage wieder auf, ob Demokratie eine geeignete Staatsform für Afrika sei oder nicht, und beantwortet sie negativ.

Horrorszenarien in Kenia und Zimbabwe

Die Vorgänge in Kenia scheinen Gaddafi Recht zu geben. Tatsächlich gingen gewalttätige Banden bestimmter Volksgruppen gezielt gegen Angehörige anderer Volksgruppen vor, zuerst Luo- und Kalenjin-Gruppen gegen Gikuyu, später auch Gikuyu-Banden gegen Luo und Kalenjin. Die rein ethnische Betrachtungsweise versperrt jedoch den Blick auf die politischen Motive. Die Jugendlichen begannen nämlich zu protestieren, als sie erkennen mussten, dass das Lager von Präsident Kibaki das Wahlergebnis fälschte und schliesslich in den eigenen Sieg ummünzte. Dass sie ihre Wut dann in brutalen Gewalttätigkeiten gegen Angehörige der Volksgruppe des Präsidenten (Gikuyu) auslebten, zeigt, wie stark «ethnisch geladen» die Politik in Kenia ist. Seit der Demokratisierung anfangs der 1990er Jahre haben kenianische Politiker Jugendbanden organisiert und dafür bezahlt, dass sie Angehörige bestimmter Volksgruppen terrorisieren und massakrieren. Der ethnische Faktor ist in Kenia eine Waffe im Machtkampf.

In Zimbabwe spielt er eine viel geringere Rolle. Hier setzt das Mugabe-Regime seine ganze Staatsgewalt zur eigenen Machterhaltung gegen die als gegnerisch betrachtete Bevölkerung ein. In Zimbabwe zeigt sich umso deutlicher, wie sehr die Bevölkerung eine demokratische Einflussnahme wünscht. Trotz massivsten Staatsterrors hat eine Mehrheit die Stimme für die Opposition abgegeben und damit ihren Protest gegen Mugabe & Co. zum Ausdruck gebracht.

Demokratie in weiter Ferne

Auch in Togo, Guinea, Gabon, Madagaskar und anderswo auf dem Kontinent haben die Menschen gegen die Machtanmassung der Herrschenden protestiert. Und sie werden wohl auch in Zukunft wieder dagegen protestieren. Dass sie dabei mitunter auch die Unterstützung des Friedens- und Sicherheitsrates der AU finden, der Regime suspendiert und sanktioniert, welche durch Putsch an die Macht gekommen sind, ist ein Lichtblick. Leicht wird es aber trotzdem nicht sein, die so vielen illegitim Mächtigen Afrikas auszuhebeln. Demokratie ist nicht nur das regelmässige Abhalten von Wahlen, sagte US-Präsident Obama im Juli in Ghana, es ist auch das Handeln verantwortungsbewusster Regierungsleute zum Wohl und Nutzen der Bürgerinnen und Bürger. An solchem Handeln mangelt es noch allenthalben auf dem Kontinent und weder die Koalitionsregierung in Kenia, noch jene in Zimbabwe haben es hervorgebracht. Afrika – so scheint es – ist von Demokratie noch ein Zeitalter weit entfernt. ■

Demokratisierung in Angola

Von Kriegswirtschaft zu einer Scheindemokratie?

Nun da Angola Frieden gefunden hat, könnte man hoffen, dass dies eine allmähliche Öffnung des politischen Raumes bringen würde hin zu demokratischem Pluralismus und ziviler Freiheit. Aufgrund von Interviews und Beobachtungen, die 2007 während der Wähler-Registrierung gemacht wurden, legt dieser Artikel von Jon Schubert jedoch dar, dass die Regierung von Jose Eduardo dos Santos in Wirklichkeit ihre Kontrolle über alle Aspekte des sozialen, wirtschaftlichen und politischen Lebens verstärkt. Die Analyse des Vorgehens bei der Wählerregistrierung zeigt, wie die angolansische Regierung den herrschenden Demokratisierungsdiskurs nutzt, ihre Macht zu festigen, ihre Kontrolle über Vereinigungen der Zivilgesellschaft zu erweitern und letztlich den Weg zu einem überwältigenden Wahlsieg zu bereiten.

Angola erholt sich heute immer noch von einem beinahe 30jährigen Bürgerkrieg. Zwei anti-koloniale Befreiungsbewegungen, die vormals marxistische MPLA, die sich als Regierungspartei an der Macht halten konnte, und die «Rebellengruppe» der UNITA hatten sich seit der Unabhängigkeit in einen unerbittlichen und fast ununterbrochenen Kampf um die Kontrolle des ganzen Territoriums verstrickt. Der Tod des Anführers der UNITA, Jonas Savimbi, durch die Hand der Regierungstruppen im 2002 bereitete den Weg zur Unterzeichnung eines «Memorandum of Understanding» zwischen den kriegsführenden Parteien und brachte schliesslich den Frieden. Aber was für ein Friede?

Autoritäres, aber nicht totalitäres System

Obwohl Angola die typischen Merkmale eines Systems des «gewählten Autoritarismus» oder einer «semi-autoritären Demokratie» zeigt, handelt es sich doch nicht um ein totalitäres Regime. Eine Art wechselseitiger Beziehung zwischen den verschiedenen Teilnehmern an einem politischen Prozess ist notwendig, um das System stabil zu halten, ebenso wie eine gewisse Öffnung gegenüber Nichtregierungsorganisationen (NGOs), die im Vorfeld der Wahlen einige Aktivitäten entfalten konnten. Wie also arrangieren sich die Bevölkerung oder die angolansischen NGOs mit diesen Umständen? Und was sind die Strategien der Regierung, um den demokratischen Prozess unter Kontrolle zu halten?

Schlüsselbegriff für den Vorgang, der in Angola überhand nimmt, ist die *partidarização*, die «Verparteilichung» des öffentlichen Lebens und aller gesellschaftlichen Bereiche. Dies war der Ausdruck, den die meisten der Befragten brauchten, um das Vordringen der Partei in jede Institution oder Struktur zu beschreiben; eine Durchdringung, welche das betroffene Organ oder den Akteur kooptiert und in einen Zuhörer der Macht verwandelt. Ein zentrales Merkmal der gegenwärtigen angolansischen Regierung ist, dass – noch immer – keine klare Trennung zwischen der Partei, der Regierung und dem Staat besteht. Während dies zu Zeiten des Einparteienstaates noch der geeignete Weg einer selbsternannten Volkspartei gewesen sein mag, schafft dies heute eine fragwürdige Einmischung der Partei in jeden Aspekt des politischen Lebens. Deshalb beklagen sich viele Repräsentanten angolansischer Bürgerrechtsorganisationen über die wachsende *partidarização*, die ihre tägliche Arbeit behindert und die Karten zugunsten der Amtsinhaber mischt.

Erbe einer Einparteienherrschaft

Jenseits der technischen und administrativen Organisation der Wählerregistrierung, die fest in Hand der staatlichen Verwaltung gehalten wurde, erschien die Werbekampagne für die Registrierung und die parallel laufenden Wähler-Informationen eher wie eine politische Kampagne der MPLA denn wie ein unparteiischer Verwaltungsakt. Die Regierung richtete ihre Aktivitäten mehrheitlich an Parteimitglieder und sprach den Aktivitäten der Wähler-Bildung nur ungenügende Mittel zu. Das Wenige, das wirklich im Bereich von staatsbürgerlicher Bildung getan wurde, wurde von den wenigen zivilgesellschaftlichen Vereinigungen geführt, welche von der Regierung die Befugnis erhielt



Dank den Erdöleinnahmen stehen Millionen für den Wahlkampf der regierenden MPLA zur Verfügung. Slogan: «Die MPLA wählen und damit in Angola die Schulen sichern!». Foto: S. Greuter

Obwohl die Wahlen des 5./6. Septembers 2008 von internationalen Beobachtermissionen als verhältnismässig glaubwürdig und transparent betrachtet wurden, kann der Triumph der MPLA bei diesen Wahlen kaum überraschen. Die MPLA gewann 82 Prozent der Stimmen und verwies die Opposition damit in die Bedeutungslosigkeit. Von militärischen oder politischen Gegnern in keiner Weise herausgefordert und durch erdölgesicherte chinesische Kredite abgestützt, scheint die Position des Präsidenten gefestigter denn je... und dieser zeigt wenig Absicht, die Macht abzugeben.

ten, auf diesem Gebiet zu arbeiten. Indem diese Aufgaben an NGOs delegiert wurden, konnte die Regierung die Kosten mehr oder weniger elegant den internationalen Geber-Organisationen überbürden und gleichzeitig der Aussenwelt eine Öffnung für zivile Freiheiten vorspiegeln. Indem aber eine Registrierung jeder Aktivität vor der Durchführung gefordert wird, behielt die Regierung die Kontrolle über den Prozess und präzise Kenntnisse, wer im Feld arbeitet.

chen Gewalt und rechtlichen Unsicherheit hält die NGOs und Individuen in einem permanenten Spannungszustand und entmutigt sie, freie Meinungsäußerung und den Zusammenschluss in Organisationen zu wagen.

Strukturelle Behinderungen Andersdenkender

Doch selbst wenn sie keiner physischen Gewalt ausgesetzt sind, werden strukturelle, finanzielle oder administrative Hindernisse in den Weg von Leuten ge-



Demokratie buchstäblich im Regen: Die Wahlen sind frei und fair verlaufen. Doch was sich im Vorfeld abspielte, wird nicht gefragt. Überfahrt über einen Fluss zum Wahllokal. Foto: S. Greuter

Kultur der Angst gefördert

Effektiver als administrative Hürden und aktive Kontrolle durch Staatsangestellte ist jedoch eine «Kultur der Angst», welche öffentliche Äusserungen des Widerspruchs eindämmen. Ausserhalb der Hauptstadt sind politisch motivierte Gewalttaten noch immer weit verbreitet. Mitglieder der Opposition werden häufig drangsaliert oder in Haft geworfen. Die Regierung benutzt die Polizei, um die Bevölkerung zu kontrollieren und einzuschüchtern. Diese macht regelmässig Gebrauch von Machtmitteln, um öffentliche Proteste niederzuwerfen. Wie ein Interviewpartner aussagte, «ist es die Polizei, welche Leute umbringt, Überfälle vor-täuscht und Personen verschwinden lässt [...] Die zwei Waffen der Regierung sind die Polizei und die Medien». Selbst in der Hauptstadt werden die Leute gehindert, Proteste auszudrücken – wie mehrmals geschehen nach Zwangsräumungen in innerstädtischen Quartieren. Aufgrund der hohen Kriminalitätsraten kann jeder gewalttätige Angriff auf Mitglieder der Opposition oder auf anderweitig störende Individuen «Banditen» angelastet werden. Dieses Klima der Angst, willkür-

legt, die aufbegehren. Fenster werden bei Nacht eingeworfen, Bankkredite verweigert, Autos nicht repariert, Strom- und Wasserversorgung unterbrochen, Säläre nicht bezahlt. Mit der Zeit realisieren die Leute, dass die einzige Lösung für ihre täglichen Probleme der Eintritt in die Partei ist. Um Kritik zu unterdrücken muss sich die Regierung nicht allein der Gewalt und Einschüchterung bedienen. Dank dem Einkommen aus den Ölquellen ist es ebenso einfach, sich Unterstützung zu sichern; und die Zivilgesellschaft lässt sich leicht kaufen.

Die Intelligentsia wird häufig in spezielle Parteikommissionen kooptiert und damit wirkungslos gemacht. Alle Befragten erzählten Begebenheiten von Vertretern zivilgesellschaftlicher Organisationen oder Kirchen, die nach einer gewissen Zeit deutlicher Kritik die Aufmerksamkeit des Staates erregt hatten. Sie wurden nicht unbedingt bedroht, sondern zu Direktoren der «Abteilung für Was-auch-immer» gemacht, mit einem neuen Geländewagen ausgerüstet, und die Schulgebühren ihrer Kinder wurden vom Staat bezahlt. Unter solchen Umständen ist es für die Zivilgesellschaft



Wahlkampf auf angolisch.
Fotos: S. Greuter



sehr schwierig, ihre Autonomie und moralische Integrität zu bewahren. Die *partidarização* des täglichen Lebens betrifft aber nicht nur die zivilgesellschaftlichen Organisationen. Im Politikbereich werden Kritiker jeweils nach einiger Zeit von den einflussreichen Posten entfernt und enden geknebelt als «politische Kadaver». Positionen mit politischer und wirtschaftlicher Macht sind der loyalen Gefolgschaft des Präsidenten vorbehalten: Topkader des Militär und der Sicherheitsbehörden führen die Ministerien und staatlichen Firmen und haben sich zu Unternehmern gewandelt, welche «die Komplizenschaft des Staates geniessen, was verschlungene Netze gegenseitiger Abhängigkeit schafft». Diese Komplizenschaft des Staates schafft ein Klima der Straflosigkeit und institutionalisiert eine Kultur der *gasosa* (Schmiergeld). Insbesondere die «Prinzen», Söhne und Töchter des Präsidenten, Minister und Generäle erfreuen sich – ohne die geringsten gesetzlichen Beschränkungen – ihrer Gewinne aus Beteiligungen an jedem lukrativen Geschäft.

Auch die traditionellen Autoritäten sind «politisch verführt durch Geschenke und den Respekt, der ihnen anlässlich offizieller Besuche entgegengebracht wird». Die Sobas, die in den Dörfern gewählt werden, sind ohne Zweifel legitime Anführer, ausgewählt gemäss ihrer Vorfahren und ihrem Ansehen in der Gemeinde. Gleichzeitig ist aber auch klar, dass sie nicht nominiert werden können, wenn sie nicht die Billigung der Regierung hätten. Diese *partidarização* der staatlichen Strukturen und der Verwaltung bis auf Dorfebene hinunter ist typisch. Überall in Angola, selbst im kleinsten Weiler findet man deshalb die Parteiflagge gehisst, während das Nationalbanner oder die Fahnen anderer Parteien in fast allen Fällen auffällig fehlen.

Demokratiedefizit kein Sonderfall

Die gegenwärtige politische Situation in Angola ist kein Sonderfall, wenn man sie mit jener anderer afrikanischer Länder vergleicht, welche formell die Staatsform einer Mehrparteiendemokratie angenommen haben. «Kompetitiver Autoritarismus» erscheint je länger je mehr als eine spezifische Form von Regime auf, welche nicht länger bloss als ein unvollendeter, sich hinziehender Übergang zur Demokratie gesehen werden kann. Diese Regierungen spielen vordergründig nach den Regeln der Demokratie, während sie in der Praxis deren Sinn ständig unterlaufen.

Die angolische Regierung ist mit diesen Wahlen ebenfalls weiter in diese Grauzone zwischen Demokratie und Autoritarismus gerückt und ist fähig, eine relativ stabile Position zwischen den beiden zu halten. Die Relevanz von Wahlen aber steht so zur Frage. Alle Länder, die als «formelle, schwache, Pseudo- oder Fassaden-Demokratien» bezeichnet werden, leiden unter grossen Demokratiedefiziten. Die jüngste Geschichte Afrikas zeigt, dass «Wahlen fest als Mittel etabliert sind, durch welches die Machthaber ihren Anspruch auf Legitimität demonstrieren und zu verankern suchen». So werden Wahlen zu einer Arena, wo politische Autorität, nicht nur im Land selbst, sondern auch auf dem internationalen Parkett ausgehandelt wird. Obwohl das Regime relativ unbeeinflusst von äusserem Druck von multilateralen Geber-Organisationen bleibt, ist es doch

Die einen zählen die Stimmen aus, die andern warten auf die Ergebnisse.
Fotos: S. Greuter

auch den Machtverhältnissen und Regeln unterworfen, die das internationale Staatensystem bilden. Die grösste Motivation, Wahlen abzuhalten, scheint es, die Regierung gegenüber der Aussenwelt zu legitimieren und allenfalls innerhalb der Partei konkurrenzierende Fraktionen zu disziplinieren. In ihrer Machtposition konnte die angolansische Regierung durch Wahlen nur gewinnen – es war fast unmöglich, dass sie an den Wahlen an Stärke einbüßen würde.

Wahlvorbereitungen – trotzdem eine Chance?

Dreissig Jahre Krieg haben die Angolaner gelehrt, individuelle Lösungen für kollektive Probleme zu finden. Speziell ausserhalb der Städte ist die Beziehung zwischen Staat und Bevölkerung sehr schwach; es gibt wenig bis kein Gefühl gegenseitiger Verantwortlichkeit zwischen diesen zwei Sphären. Sie scheinen völlig von einander entkoppelt zu funktionieren, und Pflichten des Staates im Sinne von Dienst- oder Infrastrukturleistungen sind bei der Bevölkerung kaum bekannt. Wissen über die Funktion eines demokratischen Systems und die Bürgerrechte sind nicht sehr verbreitet. Ebenso wenig sind die Menschenrechte bekannt, sodass sich die Leute nicht gegen deren Verletzung und gegen Missbräuche wehren können. Hier können Organisationen auf eine Bewusstseinsbildung der Bevölkerung bezüglich ihrer Rechte hin wirken, denn nur wenn sie sich bewusst werden, dass ihre Rechte verletzt werden, sind sie fähig, diese auch einzufordern.

So ist staatsbürgerliche Bildung für die Zivilgesellschaft auch eine Chance, welche ein Weg zu grösseren bürgerlichen Freiheiten sein kann. Zunächst gibt es ein echtes Bedürfnis, in der Bevölkerung ein Bewusstsein bezüglich der Wahlen zu entwickeln. Da für viele aufgrund der Erfahrung von 1992 Wahlen synonym für den Tod waren, musste der Angst der Bevölkerung begegnet werden: Vor den damaligen Wahlen gab es eine spürbare Erleichterung, eine Welle der Begeisterung sogar – und dann wurde alles noch schlimmer. Der erneut aufflammende Bürgerkrieg spaltete das Land buchstäblich in zwei Teile und schuf Konflikte innerhalb der Bevölkerung. Insbesondere jene Folgekonflikte der Wahlen, die den Vorwand lieferten, um alte Rechnungen zu begleichen, bleiben eine offene Wunde im kollektiven Bewusstsein. Doch die von den sich bekämpfenden Parteien begangenen Gräueltaten wurden nie aufgearbeitet. Ein Interviewpartner konstatierte: «Als der Krieg endete, wurde ihm (dem Dorfbewohner) nicht gesagt: «Du musst jetzt mit dem zusammen wohnen, der deinen Vater getötet hat», aber in Wirklichkeit wird nun genau das von der Bevölkerung verlangt. Anliegen der Bevölkerung, die während des Krieges und während der kommunistischen Herrschaft nie diskutiert wurden, beginnen nun wieder aufzutauchen.

Diesbezüglich war die Wahlvorbereitung ein gewisser Erfolg, angesichts der Friedlichkeit des gesamten Wahlprozesses und der hohen Wahlbeteiligung. Darüber hinaus aber war es auch eine Gelegenheit, um Alltagsorgen der Gemeinschaften aufzugreifen und diese – oft zum ersten Mal – in einem öffentlichen gesellschaftlichen Raum miteinander zu diskutieren. Bei einer so tief traumatisierten Bevölkerung ist es wichtig zu kommunizieren, dass Wahlen nicht unbedingt



Konflikte nach sich ziehen müssen und dass die politische Auseinandersetzung nicht notwendig in Gewalt eskalieren muss. Und eine solche erste, vorsichtige Öffnung für alltägliche Diskussionen könnte mit der Zeit auch die Bildung einer politisch mündigen, aktiven Zivilgesellschaft begünstigen, die ihre Regierung bei den nächsten Wahlen zur Rechenschaft zu ziehen vermag.

Die Übersetzung des Artikels erfolgte durch Susy Greuter.

Jon Schubert hat Politologie studiert und arbeitet in England an seiner Doktorarbeit.

Demokratie – wie gut tut sie Tanzania?

Gewundene Entwicklung

Wie viele afrikanische Länder wurde Tanzania nach der Unabhängigkeit von 1961 ein Einparteien-Staat, erst 1995 wurde eine Mehrparteien-Verfassung eingeführt. Julius Nyerere war der Architekt beider Staatsformen. In diesem Artikel beschreibt Brian Cooksey Aufstieg und Fall des Einparteien-Statuts in Tanzania und fragt sich, ob der demokratische Gewinn – im Sinne einer transparenteren und rechenschaftspflichtigen Regierung – seit der Rückkehr zu einer kompetitiven Politik in der Bilanz die Kosten der Korruption und verminderter politischer Legitimation aufwiegt. Brian Cooksey ist ein Entwicklungs-Konsulent, der seit 30 Jahren in Dar-es-Salaam lebt. Er leitet die Tanzania Development Research Group (TADREG).

8

«Eine Chama cha Mapinduzi (CCM, «Union der Revolution»), die keine Ideologie oder bekannte Position hat, wird ein Flohmarkt werden, wo alle möglichen Leute, die ein Amt suchen, zusammenkommen», sagte Julius Nyerere 1990. Er beklagte die Korruption, die die Partei seit seinem freiwilligen Rücktritt vom Amt des Präsidenten 1985 heimzusuchen begann. In seiner damaligen Sicht konnte nur der Wettbewerb die politische Fäulnis aufhalten, die ein Viertel Jahrhundert der Einparteien-Herrschaft hervorgerufen hatte. Nyerere war allerdings auch der hauptsächliche Architekt des Einparteien-Staates, mittels dessen er das Land von 1965 bis 1985 regierte.

Nyereres handverlesener Ersatzmann, Ali Hassan Mwinyi, wendete die erfolgssame Entwicklungs-Strategie seines Vorgängers um: Unter grossem Druck seitens der Weltbank, des IMF und bilateraler Geberstaaten lenkte Mwinyi Tanzania in einen kapitalistischeren Entwicklungsweg. 1995, nach 30 Jahren der Einparteien-Herrschaft, kam Tanzania zurück auf ein politisches System des Wettbewerbs verschiedener politischer Kräfte. Der Kandidat der CCM, Benjamin Mkapa (ebenefalls handverlesen durch Nyerere), gewann 62 Prozent der Stimmen, Augustine Mrema von der oppositionellen NCCR-Mageuzi («Wandel») erhielt 28 Prozent.

Vom Sozialismus zum Kapitalismus

Mkapa wird angerechnet, das Vertrauen der Geberländer wiederhergestellt zu haben, nachdem die Regierung Mwinyis eine Reihe erheblicher Skandale um den Missbrauch von Entwicklungsgeldern durch Regierungsvertreter und lokale Geschäftsleute erlitt. Mit dem Ruf als «Mister Clean» an die Regierung gekommen, setzte Mkapa eine Kommission zur Untersuchung der Korruption ein, die vom früheren Premier Joseph Warioba präsiert wurde. Der Bericht der Kommission zeichnete ein Bild generalisierter Korruption im Staatsapparat und in der Beziehung Staat-Privatwirtschaft. Dennoch hatten Mkapas Bemühungen nur teilweise Erfolg, und auch Mkapa selbst – während seiner zweiten Amtszeit (2000–2005) – erlag, wie seine Frau und einige seiner nächsten Verbündeten, der Versuchung der Korruption.

Tanzanias Wandel vom Sozialismus unter einer Einheitspartei zum Kapitalismus in einem wettbewerbsorientierten Staatswesen verlief verhältnismässig sanft: Es gab keine Hungeraufstände, keine Staatsstreichversuche oder politische Morde, was den Ruf des Landes von relativer «Ruhe und Frieden» bestätigte. Im halbautonomen Sansibar hingegen hatten Gewalt in den

Kommunen, Wahlbetrug und blutige, polizeiliche Repression die politische und wirtschaftliche Liberalisierung begleitet und die Bevölkerung in mehr oder weniger gleichgrosse Lager gespalten, die die herrschende CCM, resp. die CUF (Civic United Front) unterstützten.

2005 wurde Jakaya Mrisho Kikwete vierter Präsident Tanzanias, indem er eine massive Mehrheit von 80 Prozent der Stimmen gewann. Doch seine Flitterwochen mit der tanzanischen Öffentlichkeit dauerte nicht lange, da einige seiner engen Kollegen, inklusive der Premier Edward Lowasa, nach der Aufdeckung ihrer Verwicklung in grossangelegte Korruption zum Rücktritt gezwungen wurden. Der gravierendste Fall von politischer Korruption beinhaltete eine Unterschlagung von über 100 Millionen US-Dollar der tanzanischen Nationalbank, von dem, denkt man, zumindest ein Teil vor den Wahlen von 2005 seinen Weg in die Wahlkampfkasse der CCM gefunden hat.

Gratwanderung

zwischen Entwicklung und Demokratie

Die meisten westlichen Regierungen, Entwicklungsorganisationen und internationalen NGOs sehen eine demokratische Regierung für Länder wie Tanzania als Vorbedingung, um eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung zu erreichen. Andere argumentieren, dass «good governance», die freie Wahlen, eine freie Presse und einen unabhängigen Justizapparat beinhaltet, *nicht* die Voraussetzung für Afrikas Start in die Entwicklung sei, indem sie Beispiele von «Schwellenländern» wie auch von Entwicklungsstaaten anführen (im speziellen China), wo weder autoritäre Herrschaft noch verbreitete Korruption oder unsichere Eigentumsrechte nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum und massive Reduktion der Armut verhinderten.

Der Gewinn an Demokratie schliesst den Aufstieg privater Medien und der politischen Opposition ein, welche beide Beispiele von grossangelegter (auch politischer) Korruption und systematischem Missbrauch öffentlicher Gelder aufgedeckt haben. Führende Minister und Staatsbeamte sind entlassen und zusammen mit einigen ihrer Geschäftspartner wegen Korruption angefochten worden, doch zentralen Figuren sind bislang keine im Gefängnis gelandet. Eine Minderheit der Parlamentsmitglieder der herrschenden Partei hat einen grundsätzlichen Standpunkt gegen Korruption in ihren Reihen eingenommen. Andererseits hat das Risiko, dass endlose Aufdeckungen von Fehlverhalten der Opposition in die Hand spielen würde, das Zentralko-

mittee der CCM dazu geführt, von ihren Mitgliedern strikte Disziplin zu verlangen, was den Spielraum für demokratische Debatten einschränkt. Eine Kehrseite erhöhter Transparenz in öffentlichen Angelegenheiten ist schliesslich die entsprechende Desillusionierung der Öffentlichkeit über Politik im Allgemeinen, nicht bloss über die herrschende Partei.

Differenzierte Demokratie-Auffassung

Eine Standard-Kritik der afrikanischen «Demokratie» ist, dass sie ermutigt zu einer spaltenden Politik, Religionen, Ethnien und Regionen gegeneinander auspielend. Umso spalterischer sich die Politik gebärde, desto mehr Mittel seien nötig, um die politischen Meinungsverschiedenheiten «unter einem Deckel zu halten». Umso stärker die herrschende Partei angefochten sei, desto wahrscheinlicher sei es, dass sie gross angelegte Plünderung und politische Korruption einsetze.

Bis anhin war das nicht die Erfahrung Tanzanias. Der Anstieg politischer Korruption widerspiegelt eher das Anwachsen einer «Geld-Politik», in der Gruppen und Individuen mittels Netzen der Protektion – in Kiswaheli Vitandao («Netzwerke») genannt – um politische Ämtern wetteifern. In all dem spielen Rasse, Religion und Ethnizität kaum eine signifikante Rolle. Tanzania hat die «Geld-Politik» also ohne alle Not wie tiefe Spaltungen in der Bevölkerung, die einen solche Tendenz erklären könnten, auf seinen Schild gehoben.

Bevölkerungswachstum als Zeitbombe

Doch das muss nicht von Dauer sein. Religion ist inzwischen aufgrund interner und externer Ursachen zu einem sensiblen politischen Thema geworden. Die Liberalisierung bedeutete den Aufstieg einer Klasse von superreichen Politikern, Beamten und Geschäftsleuten, während das Leben für die schuftenden Massen fies, brutal und kurz geblieben ist. Die meisten Bauernhaushalte sind ebenso arm oder ärmer als zur Zeit der Unabhängigkeit. In den vergangenen 50 Jahren hat sich die tanzanische Bevölkerung vervierfacht und zunehmend urbanisiert. Eine grosse Zahl halbgebildeter, arbeitsloser Jugendlicher – von den politischen Vorgängern entfremdet und provoziert durch den flamboyanten Konsumismus der fisadi (Korrupte) – stellen, gemäss den pessimistischeren Analysten, «eine Zeitbombe dar, die bloss darauf wartet, loszugehen».

Julius Nyereres Ruf als grosser Staatsmann und afrikanischer Nationalist bleibt intakt. Obwohl seine sozialistische Strategie half, die tanzanische Wirtschaft in die Knie zu zwingen, schaffte er es, eine alle einschliessende nationale Identität zu begründen, die auf dem Engagement basierte, «das gemeine Volk aus seinem ererbten Zustand der Armut, Unwissenheit und Krankheit herauszuheben». Während seine Ujamaa-Politik die Unterstützung der Massen fand, kann dasselbe nicht gesagt werden vom Weg des Liberalismus, den seine Nachfolger einschlugen. Die Privatisierung nationalisierter Industrien beispielsweise wird als Ausverkauf zu Schleuderpreisen der nationalen Güter an Fremde gesehen. Grosse ausländische Investitionen, speziell in die Schürfung von Gold, werden in breiten Kreisen als Abzockerei wahrgenommen. Eine Dekade nach Ny-

ereres Tod scheint seine Warnung, dass die CCM riskiere, zu einem «Flohmarkt» für opportunistische Politiker zu werden, bemerkenswert hellsichtig. Während die private Presse einen Fall nach dem anderen von Superkorruption und politisch-motiviertem Amtsmissbrauch durch zentrale politische Figuren und Bürokraten aufdeckt, verliert die herrschende Partei rasant an Legitimation.

Tanzania ist beinahe ein halbes Jahrhundert von der gleichen Partei regiert worden. Die Opposition, die auf dem Festland von der Chadema (demokratische Union) angeführt wird, droht in den Wahlen des nächsten Jahres Einbrüche in die traditionelle Majorisierung durch die CCM zu machen. Das wird Kikwetes Führung und den Leistungen der CCM in der Schaffung der versprochenen Arbeitsplätze und der Armutsreduktion eine schwerwiegende Bewährungsprobe auferlegen. Zwischen jetzt und dann könnte sich die CCM in zwei Fraktionen spalten, was die Stabilität, die das Land bis anhin genoss, weiter untergraben würde. In einem solchen Szenario könnte die wettbewerbsorientierte «Geld-Politik» den Gewinn an Pluralismus der bisherigen «governance» weiter aushöhlen und Tanzania den schlüpfrigen Abhang zur politischen Gewalt (Gott bewahr's) und zum Scheitern des Staats hinunterziehen. ■

Die Übersetzung des Artikels erfolgte durch Susy Greuter.

Afrika in Kürze

Kapverde

Im Weltkulturerbe

Cidade Velha, die erste europäische Siedlung im Afrika südlich der Sahara ist ins UNESCO-Inventar des Weltkulturerbes aufgenommen worden. Cidade Velha – früher auch Ribeira Grande genannt – war die erste Siedlung, die von den Portugiesen angelegt wurde. Die Siedlung mit Bischofssitz liegt auf der Insel Santiago und war früher Verwaltungshauptort. Die Besiedlung der ehemals unbewohnten Insel geht ins 15. Jahrhundert zurück. Noch heute zeugen aus dieser Zeit der im manuelischen Stil gearbeitete Pelourinho (Schandpfahl). Die Kathedrale wurde ab 1556 errichtet, von ihr stehen nur noch Mauerreste. Hingegen ist der Convento de São Francisco und die Pfarrkirche Nossa Senhora do Rosario intakt erhalten. Sie wie auch die über der Siedlung liegende Festung Fortaleza Real de São Filipe, welche von den Spaniern errichtet wurde, die zwischen 1580 und 1640 Landesherrn waren, sind kürzlich restauriert worden. Kapverde misst der Aufnahme von Cidade Velha grosse Bedeutung bei. Nicht zuletzt wird der Tourismus für die paar Hundert Bewohner ein Einkommen geben. ■



Nigeria

Genugtuung

für den Tod von Ken Saro-Wiwa

Das Niger-Delta in Nigeria ist reich an Erdölvorkommen. Doch die lokale Bevölkerung hat nichts davon. Viel schlimmer: Die Erdölförderung hat zu einer ökologischen Katastrophe geführt. Grosse Gebiete sind durch Öl verschmutzt. Gegen die Ausbeutung durch ausländische Konzerne, insbesondere den Shell-Konzern, wehrt sich das Volk der Ogoni seit mehr als einem Jahrzehnt. Der charismatische Ogoni-Führer Ken Saro-Wiwa bezahlte seinen Widerstand mit dem Leben. 1996 reichten Angehörige des Ermordeten in New York Klage gegen Shell ein. Zahlreiche Indizien wurden dem Gericht vorgelegt, die den Schluss zuließen, dass Shell bei der Unterdrückung der Proteste mit dem nigerianischen Militär und der Polizei zusammengearbeitet hat. Nun hat sich der Konzern mit den Klägern geeinigt. Shell bezahlt 11 Millionen. US-Dollar «als Teil eines Versöhnungsprozesses», jedoch – wie in einem solchen Vergleich üblich – ohne Anerkennung einer Schuld.

Derweil hält das Chaos im Nigerdelta an. Bewaffnete Rebellen, oft sind es auch bewaffnete kriminelle Banden, greifen Erdölförderanlagen an und nehmen Geiseln. Im Zentrum steht immer die Zahlung von Lösegeldern. Die nigerianische Regierung selbst ist nicht in der Lage, die Region zu befrieden, oder will dies nicht. Sie profitiert selbst von der Erdölförderung. Die Korruption ist in Nigeria sprichwörtlich, und solange die Erdölquellen sprudeln, füllen sich die Taschen der Machtelite. ■

Bild oben: Der Pelourinho von Cidade Velha. Bild unten: Cidade Velha als Kandidat für das Weltkulturerbe. Fotos: G. Baud

Weltwährung

Dollar gerät unter Druck

Die VR China liess im Frühjahr erstmals einen Versuchsballon steigen: Wäre es nicht sinnvoll, wenn sich die Welt vom US-Dollar als Leitwährung abwenden würden? Anstelle des «Greenback» soll eine synthetische Währung treten, die aus einem Korb von nationalen Währungen zusammengesetzt wäre. Diese neue Währung liesse sich vorstellen wie einst den ECU («European Currency Union» 1979–1998), aus dem später der reale Euro entstand. Chinas Argument für den brisanten Vorschlag: Der Dollar ist eine kreditbasierte Währung, er ist markant überbewertet und weist grosse Schwankungen zu anderen Währungen auf. China hat zudem für rund 2000 Milliarden US-Dollar Devisenreserven, sinkt der Dollar zu anderen Währungen, verliert China automatisch im Milliardenbereich. Die USA haben wie zu erwarten war, den Vorschlag erst einmal abgelehnt. Doch in der Zwischenzeit geht die Diskussion weiter. Zahlreiche Staaten der Dritten Welt nehmen den Vorschlag positiv auf, denn sie alle leiden im internationalen Handel mehr oder weniger von der Tatsache, dass als Verrechnungsbasis stets der US-Dollar dient. Mittlerweile ist in einzelnen Bereichen der Euro an die Stelle des Dollars getreten. ■

Frankreich–Afrika

Unerwünschte Untersuchungen

Frankreichs Staatsraison steht über der Aufdeckung krimineller Machenschaften. Ein Pariser Berufungsgericht hat ein geplantes Ermittlungsverfahren gegen afrikanische Staatschefs wegen veruntreuter Gelder gestoppt. Das Ermittlungsverfahren hätte sich gegen die Präsidenten Denis Sassou Nguesso (Kongo-Brazzaville), Teodoro Obiang Nguema (Äquatorialguinea) und den verstorbenen Präsidenten von Gabon, Omar Bongo, gerichtet. Ihnen wird vorgeworfen, im grossen Stil öffentliche Gelder veruntreut zu haben – und damit in Frankreich Immobilien erworben zu haben. ■

Deutschland am Pranger

Äthiopische Menschenrechtsaktivisten haben vor kurzem Strafanzeige gegen die deutsche Regierung gestellt. Ursache ist die langjährige Unterstützung Berlins für das Regime in Addis Abeba, das schon lange schwerer Menschenrechtsverbrechen bezichtigt wird. Es bestehe ein hinreichender «Anfangsverdacht», die Bundesregierung habe sich «der Beihilfe zu Verstössen gegen das Völkerstrafgesetzbuch» schuldig gemacht, erklärt das Äthiopische Menschenrechtskomitee Deutschland und verlangt von der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe entsprechende Ermittlungen.

Tatsächlich gehört Deutschland seit Jahren zu den engsten Kooperationspartnern des äthiopischen Regimes. Äthiopien komme – so die deutsche Seidel-Stiftung (CSU) – aus mehreren Gründen eine besondere Rolle für die deutsche Aussenpolitik zu. So besitze das Land «aufgrund erster viel versprechender Funde» ein beträchtliches Potenzial an strategisch wichtigen Rohstoffen (zum Beispiel Gas, Öl, Mineralien). Zudem spiele es eine strategische Rolle bei der prekären Wasserversorgung Nordostafrikas, weil der auf äthiopischem Territorium entspringende Blaue Nil vier Fünftel des gesamten Nilwassers liefere. Vor allem jedoch liege die Sicherung der Seewege vor der Küste Ostafrikas im «besonderen deutschen Interesse»; die Durchfahrt aus dem Indischen Ozean ins Rote Meer sei für die exportorientierte deutsche Wirtschaft «von eminenter Bedeutung». Die Kooperation mit Äthiopien ist auch militärisch, und umfasst die Ausbildung äthiopischer Militärs in Deutschland ebenso wie die Lieferung militärischen Kommunikationsgeräts in das ostafrikanische Land.

Dass nun mit Strafanzeigen gearbeitet wird, ist eine neue Stufe der Interessenvertretung durch Oppositionsgruppierungen. Auch wenn unmittelbar keine direkten Auswirkungen von dieser Strafanzeige zu erwarten ist, kann steter Tropfen den Stein hohlen. Zumindest imagemässig ergeben sich mittelfristig für die betroffene Regierung Probleme. ■

Chinesische Ölinteressen

Der chinesische Ölgigant CNOOC (China National Offshore Oil Corporation) will seine Hand auf das nigerianische Öl legen. Er offeriert der nigerianischen Regierung 30 Milliarden Dollar für eine Beteiligung von 49 Prozent an 23 Erdölfeldern vor der Küste Nigerias. Diese werden bisher von den westlichen Förderfirmen Shell, Chevron, Total und ExxonMobil ausgebeutet. Der Druck auf die westlichen Firmen ist enorm. Die chinesische Offerte kommt zu einem Zeitpunkt, in welchem in Nigeria selbst in der Regierung heftige Verteilungskämpfe über die Einnahmen der Erdölförderung im Gange sind.

Auch im neuen Erdölförderland Tschad engagiert sich China. Die CNPC (China National Petroleum Corporation) hat mit dem Bau einer rund 300 Kilometer langen Pipeline begonnen, welche das Erdölfeld von Koudalwa mit einer nördlich der Hauptstadt N'Djamena gelegenen Raffinerie verbinden soll. Die Erdölförderung im Tschad hat erst vor sechs Jahren mit dem Erdölfeld von Doba begonnen. Aufgrund einer nicht vertragskonformen Verwendung der Erdöleinnahmen hat sich die Weltbank vor zwei Jahren als Geldgeberin zurückgezogen. Nun springt China ein. Ohne weitere politische Diskussion ist mit den Bauarbeiten begonnen worden. Es wird befürchtet, dass zehn Dörfer zerstört werden. Hunderten von Menschen droht die Vertreibung. ■

Wir die neue Militärregierung durch Finanzhilfe aus China gestützt?

Nach dem Tod des langjährigen Diktators, Lansah Conteh, vor einem Jahr, schien sich in Guinea «the same story as everytime» zu installieren: Mit einem militärischen Staatsstreich schwingt sich ein junger Hauptmann an die Spitze der Regierung, der schon nach wenigen Monaten alle anfänglichen Versprechen für freie Wahlen vergisst und schliesslich eine friedliche Protest-Demonstration in ein blutiges Massaker verwandelt. Die Bevölkerung ist damit aber noch nicht am Ende ihres Widerstandes gegen ein Regierung Dadis Camara, sondern seit Mitte Oktober im Streik.

Neu ist hingegen, das sich die regionale Wirtschaftsunion ECOWAS sofort, später gefolgt von der Afrikanischen Union, verwahrt vor der neuerlichen Etablierung einer Diktatur und nach dem Massaker Alarm schlägt. Dies bewegte die EU und USA dazu, Sanktionen erst anzudrohen und nun in Gang zu setzen.

Nicht ganz neu ist nun, dass damit China unter Druck kommt wegen eines milliardenschweren Abkommens, den ein chinesischer Investment Fund im Juni mit der angefochtenen Militärregierung abschloss. Sieben Milliarden Dollar sollen in Strassen, Elektrizitätswerke, Häfen, Eisenbahnen (und auch einige günstige Wohnsiedlungen) investiert werden – ausgeführt durch eine Joint-Venture-Firma, die zu 75 Prozent dem chinesischen Fonds gehört. Dafür soll dieser in «strategischer Partnerschaft» die gesamten Anrechte auf noch nicht ausgebeutete Lagerstätten von Bodenschätzen und Erdgas bekommen, sowie eventuell an allen bestehenden Bergbau-Projekten mit Regierungsbeteiligung, deren Konzessionen zur Zeit von der Militärjunta überprüft werden. Guinea wird als das Land mit den weltgrössten Bauxit-Vorkommen bezeichnet, die von westlichen Bergbau-Konzernen schon vor längerer Zeit entdeckt wurden und teilweise auch abgebaut werden. ■

Zusammengestellt von sg, rs, hus.

Ein Testfall für den Kimberley-Prozess

Zimbabwische Blutdiamanten

Im November sollen die Mitglieder des Kimberley-Prozess Zertifikationssystems in Windhoek (Namibia) darüber entscheiden, ob Zimbabwe wegen Menschenrechtsverletzungen in seinen Diamantenfeldern und wegen Diamantenschmuggel zu suspendieren sei. Mit einer Informationstour durch Europa wollen zimbabwische und internationale Menschenrechtsorganisationen zu diesem Zweck Druck aufbauen. Barbara Müller befragte Dewa Mavhinga, einen Menschenrechtsjuristen und -aktivisten aus Zimbabwe am 25. September 2009 in Genf.

Ihre Reise nach Deutschland und in die Schweiz findet auf dem Hintergrund des so genannten Kimberley-Prozesses statt. Was wollen Sie erreichen?

Ich bin hierher gekommen, um über den Inhalt eines Berichtes zu informieren, der im Juni publiziert wurde und der die Vorgänge rund um die Diamantenfelder bei Marange im Osten Zimbabwes zum Inhalt hat (siehe Fussnote). Darin dokumentieren wir, dass es seit der Entdeckung dieser Diamanten im Juni 2006 zu schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen gekommen ist, u. a. die Ermordung von mehr als 200 Menschen durch das zimbabwische Militär. Ausserdem werden die Diamanten ausser Land geschmuggelt und die lokale Bevölkerung – einschliesslich der Kinder – muss Zwangsarbeit leisten.

Können Sie zuhänden unserer Leser etwas zur Entdeckung der Diamantenfelder von Marange sagen?

Als die Diamanten im Juni 2006 entdeckt wurden, geschah dies durch eine private Firma Africa Consolidated Resources, die sich die Schürfrechte über diese Region gesichert hatte. ACR ist ein an der Börse kotiertes Unternehmen. Sie wurde enteignet und die Geschichte beschäftigt heute die Gerichte. Zurzeit beschäftigt sich das Oberste Gericht von Zimbabwe mit dem Fall, und es ist rechtlich noch nicht geklärt, wer die Rechte an den Diamantenfeldern von Marange innehat.

Um wieviel geht es eigentlich bei dem Ganzen, wie gross ist das geschätzte Volumen der zimbabwischen Diamantenproduktion?

Gemäss Angaben von Geologen sind die Diamantenfelder von Marange die bedeutendsten, nicht nur in Zimbabwe sondern möglicherweise auch in Afrika. Nach ihrer Entdeckung im Jahr 2006 wurde keine umfassende wissenschaftliche Exploration durchgeführt. Obert Mpofu, der zimbabwische Bergbauminister hat gesagt, dass der potentielle Ertrag von Marange 200 Millionen US-Dollar pro Monat betrage, wenn die Felder kontrolliert und professionell bewirtschaftet würden, was derzeit nicht der Fall ist.

Wie sind Sie bei Ihrer Recherche vorgegangen? Gab es irgendwelche Einschränkungen oder konnten Sie sich frei bewegen?

Während unserer Forschung konnten wir uns nicht frei bewegen. Erstens hat keine Zivilperson von ausserhalb Zutritt zu den Diamantenfeldern. Die Armee hat eine Sperrzone abgegrenzt, die Aussenstehende nicht betreten dürfen. Dies wird mittels der Identitätskarten sichergestellt, von deren Vorziffern sich der Heimatdis-

trikt einer Person ablesen lassen. Für den Marange-Distrikt, in dem die Diamantenfelder liegen, ist dies die Ziffer 75. Wer einen Ausweis mit einer anderen Ziffer hat, wird nicht zugelassen. Wir bewegten uns verdeckt und wurden dabei von lokalen Politikern geführt, die uns Zugang zu den Diamantenfeldern verschaffen konnten. Wir gaben vor, für die Gegend zuständige Beamte zu sein. Aber auch so erwies es sich als schwierig, Interviews vor Ort durchzuführen.

Die meisten Interviews machten wir in Mutare, einer 80 Kilometer nordwestlich gelegenen Stadt. Wir erfuhren nachträglich, dass einige der von uns befragten Hauptzeugen, zum Beispiel der Vertreter dieser Gegend im Parlament, welcher der von Morgan Tsvangirai angeführten MDC, dem Movement for Democratic Change angehört, später von den Sicherheitskräften drangsaliert wurde. Er wurde verhaftet und mit erfundenen Anklagen vor Gericht gestellt.

Nach der Veröffentlichung Ihres Berichtes, sandte der Kimberley-Prozess eine eigene Untersuchungskommission nach Zimbabwe. Was kam dabei heraus?

Das Kimberley Zertifikationssystem schickte ein 10-köpfiges Team nach Zimbabwe. Die Kommission war vom 30. Juni bis 4. Juli in Zimbabwe und besuchte auch Marange. Ihr Bericht bestätigte unsere Untersuchungsergebnisse: nämlich, dass weiterhin schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen im Gang sind und dass es auf den Diamantenfeldern von Marange eine starke Militärpräsenz gibt. Die Armee ist direkt in die Diamantengewinnung und in den illegalen Verkauf von Diamanten involviert.

Die allgemeinen Schlussfolgerungen des Berichts lauteten, dass Zimbabwe den Verpflichtungen, die das Land im Rahmen des Kimberley-Prozesses eingegangen ist, nicht gerecht wird und die gesetzten Standards verletzt. Die Kommission machte folgende Empfehlungen an die Adresse der zimbabwischen Regierung: Diese solle unverzüglich Massnahmen ergreifen, um den Abzug der Armee von den Diamantenfeldern zu veranlassen, den Misshandlungen und der Gewalt gegen die lokale Bevölkerung sowie der Zwangsarbeit ein Ende zu setzen und sicher zu stellen, dass keine Diamanten unkontrolliert ausser Landes geschmuggelt werden.

Einmal abgesehen von der Verletzung der KP-Bestimmungen – was bedeutet es denn für Zimbabwe, wenn Diamanten ausser Landes geschmuggelt werden?

Vor allem bedeutet es eine gravierende Verletzung der Rechte der lokalen Bevölkerung. Man kann deshalb mit Fug und Recht von Blutdiamanten sprechen, denn

die Leute werden mit Gewalt zur Arbeit auf den Diamantenfeldern gezwungen und werden zum Teil schwer misshandelt; ausserdem werden sie für die Arbeit nicht entschädigt. Zweitens, und das ist vielleicht noch wichtiger, kommt der Erlös aus dem Verkauf der Diamanten weder dem Land noch der Bevölkerung von Chiadzwa bzw. Marange zugute. Zimbabwe, das in der gegenwärtigen Situation sehr auf Staatseinkünfte angewiesen ist, um sich wirtschaftlich wieder zu erholen, geht leer aus. Es sind die Armee und vor allem einzelne Militärs, die von diesen Bodenschätzen profitieren, die eigentlich dem Land und der Nation als Ganzes gehören. Deshalb treten wir für Transparenz ein und dafür, dass dem Schmuggel ein Ende gesetzt wird, damit die ganze Bevölkerung Nutzen aus diesen Ressourcen zieht.

Hat die Regierung von Zimbabwe auf die Resultate des Berichtes reagiert?

Anlässlich eines Treffens am 4. Juli verpflichtete sich Bergbauminister Obert Mpofu gegenüber der Überprüfungscommission zur Umsetzung aller Empfehlungen der Kommission. Aber dieses Versprechen wurde von der Regierung nicht in die Tat umgesetzt. Anstatt die Armee abzuziehen, wurde ihre Präsenz in Tat und Wahrheit verstärkt und noch mehr Soldaten in die Gegend versetzt. Anstatt die Regeln des KP zu respektieren, ist die Regierung von Zimbabwe dazu übergegangen, den Entscheid des KP über die drohende Suspendierung Zimbabwes im kommenden November mit verschiedenen Manövern zu beeinflussen.

Wann wird der Kimberley-Prozess darüber entscheiden?

Die Mitglieder des KP kommen zweimal jährlich zusammen. Die nächste Vollversammlung wird vom 2. bis 6. November in Namibia stattfinden. Dort soll über die Suspendierung von Zimbabwe entschieden werden. Wir rufen die Mitglieder des KP dazu auf, die Mitgliedschaft von Zimbabwe zu suspendieren. Dabei wird Zimbabwe zu einem Testfall, bei dem sich erweisen wird, ob Zimbabwe gleich behandelt wird wie andere afrikanische Länder. Bisher wurden Liberia, Ghana und Sierra Leone suspendiert, weil sie die Regeln verletzt hatten. Im Fall Zimbabwe wird sich zeigen, ob die internationale Diamantenindustrie wirklich entschlossen ist, einwandfreie Bedingungen für ihre Geschäfte zu garantieren und ihre Glaubwürdigkeit unter Beweis zu stellen. Sie muss verhindern, dass die kompromittierten Marange-Diamanten aus Zimbabwe, die ansonsten saubere Weste der Diamantenindustrie beschmutzen.

Welche Reaktionen zeigen Ihre Gesprächspartner in Europa?

Wir beobachten zwei verschiedene Reaktionen. Im Allgemeinen wird die Haltung vertreten, dass zweifelsfrei Verletzungen der KP-Regeln vorliegen und Zimbabwe deshalb suspendiert gehört und erst wieder zugelassen werden soll, wenn – mit Unterstützung durch das KP Zertifizierungssystem – garantiert ist, dass das Land den KP-Regeln Nachachtung verschafft. Es gibt jedoch eine kleinere Gruppe, die der Ansicht ist, dass Zimbabwe zwar bei der Herstellung regulärer Ver-

hältnisse unterstützt werden sollte, ohne jedoch für eine Suspendierung einzutreten. Es gibt in Zimbabwe nämlich drei Diamantenfelder: Das problematische Gelände von Marange, River Ranch im Süden und schliesslich Murowa im Zentrum des Landes. Bei den letztgenannten gibt es keine ernsthafte Menschenrechtsproblematik, obwohl auch im Fall von River Ranch Schmuggelvorwürfe erhoben wurden. Diese Meinung schlägt vor, die jeweiligen Produktionsstätten getrennt zu behandeln und nur Marange auszuschliessen. Unsere Haltung dazu ist die Folgende: Zimbabwe gehört dem KP Zertifizierungssystem als Land an und ist daher als Land für die Einhaltung der Regeln verantwortlich, und nicht die einzelnen Diamantenfelder.

Was erwarten Sie in dieser Hinsicht von der Schweiz?

Es wäre wichtig, dass sich auch die Schweiz dafür einsetzen würde, dass Zimbabwe vom KP Zertifizierungssystem suspendiert wird. Es geht darum, dass sich der KP als Institution der Respektierung von Menschenrechten verschreibt und diesen Aspekt zu einem ihrer Standards macht. Ein anderer Aspekt betrifft die Vermarktung der Diamanten. In diesem Bereich spielt die Schweiz eine wichtige Rolle, wenn man zum Beispiel an die Basel World denkt, die grosse internationale Uhren- und Schmuckmesse. Deshalb sollten auch die Konsumentinnen und Konsumenten darüber aufgeklärt werden, dass Diamanten aus Marange mit dem Makel von schweren Menschenrechtsverletzungen behaftet sind. Sowohl die Regierung wie auch die Schmuckindustrie in der Schweiz sollten über die Vorgänge in Marange in Kenntnis gesetzt werden, damit die unter schwersten Menschenrechtsverletzungen geförderten Diamanten nicht unwidersprochen in Schweizer Juweliergeschäften zum Verkauf angeboten werden. ■

Human Rights Watch, Diamonds in the Rough:
Human Rights Abuses in the Marange District Diamond Fields
of Zimbabwe (June 2008): www.hrw.org/node/83960

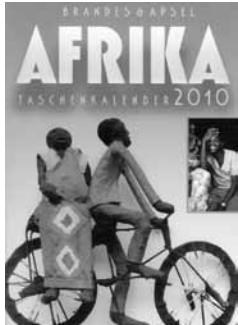
Kimberley-Prozess Zertifizierungssystem

Der Kimberley-Prozess ist ein komplexes System, das über staatliche Herkunftszertifikate den Handel mit sogenannten Blutdiamanten unterbinden soll. Als Blutdiamanten werden geschmuggelte Diamanten bezeichnet, durch die Kriege finanziert bzw. die unter Verletzung von Menschenrechten produziert werden.

Im Mai 2000 trafen sich im südafrikanischen Kimberley mehrere Diamanten produzierende Länder aus dem südlichen Afrika, um die Problematik grundsätzlich anzugehen. Seit 2003 ist der Kimberley-Prozess offiziell in Kraft, d. h. es dürfen nur solche Diamanten gehandelt werden, für die offizielle Herkunftszertifikate des jeweiligen Ursprungslandes vorliegen. Der Kimberley-Prozess vereinigt 47 Mitglieder (darunter die EU), die 75 Länder vertreten. •

Literatur

Buchbesprechungen



Taschenkalender 2010

hus. Wie jedes Jahr legt Brandes & Apsel den praktischen Taschenkalender auf. Pro Woche eine Doppelseite für Tagesnotizen, zu den einzelnen Tagen die wichtigsten afrikanischen Ereignisse; literarische Exkurse, ein Block in politische und wirtschaftliche Fragestellungen – der Taschenkalender ist eine wahre Fundgrube an Informationen. ■

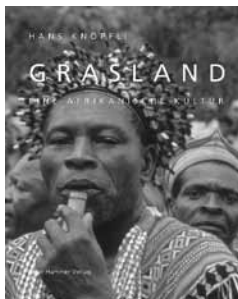
Afrika Taschenkalender 2010, Frankfurt/Main 2009 (Brandes & Apsel)

Mandela Superstar

red. In der Missionsschule im südafrikanischen Dorf Mondi bemüht sich der alte Pater Ross geduldig und einigermaßen vergeblich, seinen pubertierenden Schülern englische Literatur und christliche Moral zu vermitteln. Der pfiffige Dumisa zeigt sich durchaus gelehrig, was die Literatur angeht. Die christliche Moral dagegen schlägt in ihm keine Wurzeln. Der Junge ist erfasst von zwei Leidenschaften: Von der Lust an der Verführung der Mädchen und von der grenzenlosen Verehrung Nelson Mandelas. Eine witzige Geschichte über die Turbulenzen des Erwachsenwerdens, gleichzeitig ein satirischer Blick auf das Südafrika der 60er Jahre.

Lewis Nkosi, 1936 in Durban/Südafrika geboren, war Aktivist der Anti-Apartheid-Bewegung. Er arbeitete als Journalist unter anderem für das legendäre Drum Magazine. Durch das Angebot des Nieman Fellowship der Harvard University zur Förderung investigativer Journalisten verlor er seine Staatsbürgerschaft. Lewis Nkosi unterrichtete Literatur an Universitäten in Afrika, Europa und den USA. Er ist Autor zahlreicher Essays, Kurzgeschichten, Hörspiele, Theaterstücke und dreier Romane. Nkosi lebt heute in Basel. ■

Lewis Nkosi:
Mandela und der Bulle von Mondi, Wuppertal 2008 (Peter Hammer Verlag)



Grasland-Kultur im westlichen Kamerun

red. Als Hans Knöpfli ins Kameruner Grasland kam, war er fasziniert von der Arbeit der einheimischen Handwerker. Er schaute ihnen zu, fragte nach den Materialien und warum sie die Dinge so machten, wie sie es taten. Die Menschen spürten sein wertschätzendes Interesse und erzählten ihm von der Beschaffung der Rohstoffe, von ihrer Behandlung, Verarbeitung, Verzierung. Auch von ihren Glaubensvorstellungen sprachen sie, denn ihre Kunstfertigkeit steht seit jeher in Zusammenhang mit kosmologischen Vorstellungen. Das beeindruckend klare und reich bebilderte Buch ist eine Würdigung der Handwerker des Graslandes.

Der Autor Hans Knöpfli lebte von 1956 bis 1993 in Kamerun, wo er als Pfarrer und Handwerker arbeitete. Er gründete die Handwerkszentren in Bali-Nyonga und Bafut und die Töpferei in Bamesing mit dem Ziel, das Verschwinden der einheimischen Handwerke zu verhindern und die zunehmende Arbeitslosigkeit von Schulabgängern einzudämmen. ■

Hans Knöpfli:
Grasland, Eine afrikanische Kultur, Wuppertal 2008 (Peter Hammer Verlag)

Farbige Söldner in den deutschen Kolonien

sg. Zwischen 1884 und 1918 rekrutierten die Deutschen mehrere zehntausend Söldner in Afrika, Asien und Ozeanien für ihre Kolonialtruppen. Eher widerwillig entschloss man sich schon vor der Berliner Konferenz 1885 dazu, da der Einsatz deutscher Soldaten in den neu erworbenen Kolonien aus gesundheitlichen und finanziellen Gründen rasch problematisch wurde. Insgesamt rechnet man, dass allein in Afrika in dieser Zeit zwischen 40 000 bis 50 000 «Askaris» angeworben wurden.

An Bewerbern für den Militärdienst mangelte es nicht. Für viele der in den Kolonial-

gebieten lebenden Männer war das Soldatenleben attraktiv, bedeutete es doch die Aussicht auf ein Leben in relativem Wohlstand. Manche blieben bis zur Pensionierung, manche liessen sich nach der Kapitulation Deutschlands 1918 in der englischen oder französischen Kolonialarmee anwerben. Andere rebellierten gegen das drakonische Militärregime oder verliessen die Truppen nach kurzen «Kostproben» wieder. Allerdings wurden Deserteure nicht immer mit dem Tode bestraft, Zwangsarbeit war «nützlichere» Weiterbeschäftigung der Fehlbaren.

Basierend auf den neuesten Forschungsergebnissen und eigenen Quellenstudien rekonstruiert der Historiker Thomas Morlang die weitgehend in Vergessenheit geratene Geschichte der «farbigen» Söldner in den deutschen Kolonien. ■

Thomas Morlang:
Askari und Fitafta – Farbige Söldner in den deutschen Kolonien, Berlin 2008 (Ch. Linksverlag)

Geschichte erzählt

sg. Historische Romane sind ein Renner für viele Leser. Der gleichen Idee folgend können «Geschichten aus der Geschichte» Schlüsselerlebnisse nicht nur für Kinder und Jugendliche werden, welche Wissensdurst auf die Machart der Gesellschaft schüren. Christoph Marx bringt in seinen Geschichten über Handel und Mission in Afrika und Amerika ausserdem die Leitmotive, Reaktionen und Strategien der jeweiligen Gegenseite – der west-kanadischen Indianer und südafrikanischer Herrscher – so natürlich und gleichberechtigt ein, dass die Neugier auf die Perspektive der Anderen Bedürfnis wird. ■

Christoph Marx:
Pelze, Gold und Weihwasser – Handel und Mission in Afrika und Amerika, Darmstadt 2008 (Primus-Verlag)

Neue CD

Bildungselite in Nigeria

sg. Geboren im Jahr der nigerianischen Unabhängigkeit und das in die stolze Elite hinein, fünffach privilegiert: Reich, aus bedeutender Familie stammend, die Eltern bereits in England promoviert und deshalb verschont von den Zwängen der Traditionen... Doch schon als Jugendliche weiss Enitan einiges über die Spannungen und Kontraste in Nigeria. Die fröhlichen Urständ polygamer Sitten und das enge Aktionsspektrum der Frauen lehnt sie empört ab, verständnislos erkennt sie die Absurdität synkretistischer Sekten als Refugium der Frauen. Erst nach ihrer Rückkehr vom Studium in England realisiert sie aber auch ihre Entfremdung von den Vorgängen in ihrem Land, als man ihr den Titel «die Engländerin» verpasst.

Doch sie bleibt, arbeitet sich als Juristin ein. Schritt für Schritt drückt die Unausgegorenheit des nachkolonialen Staates und seiner Kultur mehr durch in ihrem Alltag, ihren Beziehungen und ihrem Berufsfeld. Wie die meisten ihrer Schicht will sie erst nicht sehen, dass die Gleichgültigkeit der Eliten gegenüber dem «gemeinen» Volk und der sich brutalisierenden Umwelt dazu beiträgt, dass die Machtgier der traditionellen Chiefs und des Militärs die gebildete Elite unterwirft und verdrängt. Doch allmählich kommt das Erwachen in der entstellten neuen Wirklichkeit der zweiten und dritten Militärdiktatur, die nicht verschwinden, indem man sich seinen Geschäften und frau sich ihrer Familie widmet... ■

Sefi Atta:

Sag allen, es wird gut!

Wuppertal 2008 (Peter Hammer Verlag)



Cesaria Évora/Radio Mindelo

hus. Wird von Kapverde berichtet, kommt rasch einmal der Name Cesaria Évora ins Spiel. Wie kaum etwas anderes oder eine andere Person steht sie für den kleinen Inselarchipel im Atlantischen Ozean. Entbehrungen, Trockenheit, ein hartes Leben einerseits, Weltoffenheit, Emigration andererseits, alles verschmilzt im Gefühl der «sodade», der Wehmut, der Sehnsucht und Melancholie. Und dieses Gefühl kann Cesaria Évora bestens ausdrücken.

Évora (geboren 1941) ist die bekannteste Sängerin Kap Verdes und gilt als Königin der Morna. Sie wird die «barfüssige Diva» genannt, weil sie traditionell ohne Schuhe auftritt. Évora stammt aus einer Musikerfamilie der Stadt Mindelo auf der Insel São Vicente. Der Vater war Geiger. Nach seinem frühen Tod kam Cesaria erst in ein Kinderheim, dann zu Pflegeeltern. Sie lebte von Live-Auftritten in den Kneipen der Stadt. 1988, mit 47 Jahren, bekam sie ihren ersten Plattenvertrag und wurde sehr schnell zu einem Weltstar.

Cesaria Évora singt die meisten Lieder in Kreol, der Umgangssprache von Kapverde. Der Ton ihrer Lieder ist lyrisch: Lebenslust, Wehmut und Melancholie, verlorene Liebe, Schmerz und Hoffnung, was sich im portugiesischen «sodade» zusammenfassen lässt. «Sodade» ist denn auch der Titel eines ihrer berühmtesten Lieder. Évora wird begleitet von Gitarre, Geige, Akkordeon, Klarinette und Cavaquinho. Hintergrund ihrer Lieder ist die Geschichte ihrer Heimat: Isolation, Sklavenhandel, Emigration. «Sodade ist ein Gefühl, das nur auf den Kapverden existiert, und ein Wort, das sich kaum in eine andere Sprache übersetzen lässt», sagt Évora.

Seit 50 Jahren ist Évora nun im Musikgeschäft. Im Abstand von drei, vier Jahren hat sie neue Alben aufgenommen, solide Arbeit. Das letzte Album «Rogamar» ist 2006 erschienen. Und nun liegt eine CD mit ihren ersten Liedern vor: Radio Mindelo. Zu Beginn der 60er Jahre des letzten Jahrhunderts hat Évora ihre ersten Aufnahmen in Mindelo, ihrer Heimatstadt, gemacht. Diese wurden über Radio Barlavento gesendet. Barlavento steht für die nördlichen Inseln des Archipels. Diese historischen Aufnahmen sind hörensenswert: in ihnen ist enthalten, was Évora später zu Weltruhm führte. Eine Stimme, viel Gefühl, und eine enge Verbundenheit mit ihrer Heimat – sodade.

Cesaria Évora, Radio Mindelo, Early Recordings, Sony Lusafrica 2008

Gerechtigkeit für Apartheid-Opfer

Zuma-Regierung unterstützt Entschädigungs-Klage

«Die südafrikanische Regierung ist jetzt der Ansicht, dass dieses Gericht ein geeignetes Forum für die Anhörung der verbleibenden Klagen wegen Beihilfe zur Verletzung des internationalen Rechts ist», schreibt der südafrikanische Justizminister Jeffrey Radebe am 1. September 2009 in einem an Richterin Shira Scheindlin vom New Yorker Bezirksgericht gerichteten Schreiben.

Radebe begrüsst die Entscheidung der Richterin vom 8. April 2009, nur Klagen gegen Firmen zuzulassen, die nachweislich Beihilfe zu schweren Menschenrechtsverletzungen während der Apartheidzeit in Südafrika geleistet haben (wir berichteten darüber im letzten Afrika-Bulletin).

In seinem Schreiben bietet Justizminister Radebe ausserdem die Unterstützung der südafrikanischen Regierung für eine aussergerichtliche Einigung zwischen Klagenden und Beklagten an. Unter dem «Alien Tort Claims Act» (ATCA) verlangen Opfer und Überlebende

von schweren Menschenrechtsverletzungen, dass die transnationalen Unternehmen Daimler AG, Rheinmetall, Ford und IBM wegen Beihilfe zu diesen Verbrechen Reparationszahlungen entrichten.

Die veränderte Haltung der Regierung hat mit einer Eingrenzung und Präzisierung der Klageschrift zu tun sowie mit dem intensiven Dialog, den die über 50 000 Mitglieder umfassende Opferorganisation Khulumani in den letzten Monaten mit Regierungsstellen führte. 2003 hatte die südafrikanische Regierung, damals noch unter Thabo Mbeki, das Gericht in New York aufgefordert, die Apartheidklagen abzulehnen. Sie machte geltend, dass die Klagen die Souveränität Südafrikas beeinträchtigten und Investitionen gefährdeten. In ihrer Presseerklärung begrüsst Khulumani die neue Position der südafrikanischen Regierung aufs Wärmste. Mit ihr ist ein wichtiges Hindernis für den weiteren Prozessverlauf aus dem Weg geräumt. Die betroffenen Firmen müssen den Klagenden ihre Archive öffnen und die Firmenverantwortlichen müssen den Anwälten der Klagenden unter Eid Auskunft geben. Der Prozess ist damit in eine entscheidende Phase getreten, in der neue Elemente zum Vorschein kommen können und die Wahrheit über das Ausmass der Unterstützung von transnationalen Unternehmen für das Apartheidregime öffentlich wird.

Auch die internationale Kampagne, welche die Klagen in den USA unterstützt und begleitet hat, begrüsst die Stellungnahme der südafrikanischen Regierung. Zu dieser Kampagne gehören die Kirchliche Arbeitsstelle Südliches Afrika (KASA), die Koordination Südliches Afrika (KOSA), medico international und die Schweizer Kampagne für Entschuldung und Entschädigung KEE-SA.

«Welche Erleichterung nach so vielen Jahren des Wartens auf Gerechtigkeit. Wir glauben, dass die Gerechtigkeit auf unserer Seite ist. Und wir sind dankbar, dass die südafrikanische Regierung die Türen für die Aufnahme von Verhandlungen öffnet. Endlich sehen wir Licht am Ende des Tunnels», kommentiert Mpho Masemola, einer der Khulumani-Kläger. ■

www.apartheid-reparations.ch

LeserInnenservice

Ich bestelle beim Afrika-Komitee

- «Südafrikanische Küche», 2., erw. Auflage (Fr. 29.– + Fr. 4.– Porto)
- «Afrikanisch Kochen» (Fr. 28.– + Fr. 4.– Porto)
- Oliver Mtukudzi, «The Other Side», CD (Fr. 27.– + Fr. 2.– Porto)
- Afrika-Bulletin 135: Millenniumsziel: Bildung für alle!
- Afrika-Bulletin 134: Börsencrash, Wirtschaftskrise und Dritte Welt
- Afrika-Bulletin 133: Standortbestimmung Entwicklungszusammenarbeit
- Afrika-Bulletin 132: Afrikanische Diaspora
- Afrika-Bulletin 131: Die Schweiz und die Sklaverei
- Afrika-Bulletin 130: Zukunft Biodiesel?
- Afrika-Bulletin 129: Kampf um Rohstoffe
- Afrika-Bulletin 128: Wasser als Schicksalsfrage
- Afrika-Bulletin 127: Zimbabwe – Mugabe muss weg!

Ich abonniere das «Afrika-Bulletin»

- Ich werde Mitglied des Komitees (Fr. 60.–/Euro 40.– Jahr, inkl. Bulletin)
- Jahresabonnement (Fr. 25.–/Euro 20.–)
- Unterstützungsabonnement (Fr. 50.–/Euro 35.–)

Ich möchte mehr über das Afrika-Komitee wissen

- Jahresbericht 2007
- Plattform des Afrika-Komitees
- Ich kann für das Afrika-Bulletin werben, sendet mir Probeexemplare zum Verteilen

Name

Strasse

PLZ/Ort

Das Afrika-Bulletin im Netz

Diese und ältere Ausgaben und zusätzliche Materialien finden Sie im Netz unter:
www.afrikakomitee.ch